

## Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau

Das Ministerium für Staatssicherheit nahm die Stimmungen und aufkeimende Proteste in der Phase unmittelbar nach dem Mauerbau genau in den Blick. Unter der "Kennziffer 4" berichtete die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt Erich Mielke über die Situation im Grenzgebiet.

Bis zum Mauerbau am 13. August 1961 verließen über drei Millionen Menschen die DDR. Dieser Aderlass verursachte enorme wirtschaftliche Schäden, denn viele junge, gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger flohen in den Westen. Diese "Abstimmung mit den Füßen" widersprach zudem der propagierten Überlegenheit des "real existierenden Sozialismus", worunter das politische Ansehen der SED litt.

Mit dem Bau der Berliner Mauer gelang es den DDR-Machthabern zwar die zuletzt dramatisch anwachsende Fluchtbewegung einzudämmen, vollständig gestoppt konnte sie jedoch nicht werden. In den ersten Monaten gab es im Sperrsystem noch erhebliche Lücken. Nur allmählich gelang es DDR-Sicherheitsbehörden diese zu schließen. Für die Staatssicherheit wurde die vorsorgliche Verhinderung weiterer sogenannter "Republikfluchten" zu einer zentralen Aufgabe und legitimierte aus ihrer Sicht die möglichst lückenlose Überwachung aller Lebensbereiche der DDR-Bürger.

Die Staatssicherheit nahm kritische Stimmungen und aufkeimende Proteste unmittelbar nach der Grenzschiebung genau in den Blick. Unter der "Kennziffer 4" berichtete etwa die Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt über die Situation im Grenzgebiet. Das vorliegende Schreiben an Erich Mielke vom 21. September 1961 dokumentiert eine Reihe "negativer" Äußerungen aus dem Raum Plauen. Daraus geht hervor, dass die Fluchtbewegung keineswegs vollständig gestoppt werden konnte und durch die Befürchtung neuer Zwangsumsiedlungen aus dem Grenzgebiet weiter genährt wurde.

Und in der Tat plante die SED-Führung zur "Erhöhung der Sicherheit an der Staatsgrenze West" 1961 erneute Zwangsumsiedlungen. Unter der Bezeichnung Aktion "Festigung" begann in den Morgenstunden des 3. Oktobers 1961 die Vertreibung tausender Menschen aus dem Grenzgebiet, die als "Unsicherheitsfaktoren" galten.

---

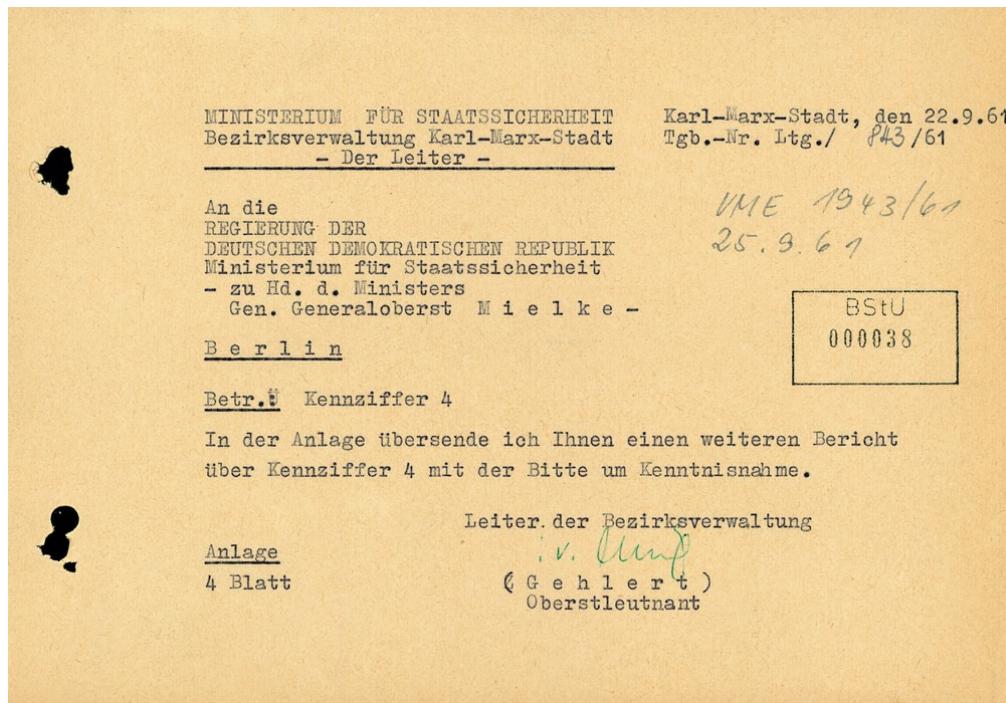
**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 38-42

---

### Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Datum: 21.9.1961  
Marx-Stadt, Abteilung VII

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau



Signatur: BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 38-42

Blatt 38

Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau

Ministerium für Staatssicherheit  
Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt  
- Abteilung VII -

BStU  
000039

Plauen, den 21. 09. 1961

Betr.: Kennziffer 4

Zu 1)

Die politisch-ideologische Situation im Grenzgebiet ist gekennzeichnet durch die Sicherungsmaßnahmen unserer Regierung zum Schutz der Staatsgrenze West. Während die Maßnahmen in Berlin von einem großen Teil der Grenzbevölkerung begrüßt wurden, ergaben sich bei der Einführung der Sicherungsmaßnahmen im Grenzgebiet Diskussionen und negative Meinungen. Im Mittelpunkt der Diskussionen steht das Problem der Grenz-Passierscheine für das 5 km Sperrgebiet.

Weiterhin die Frage des Anbaues landwirtschaftlicher Kulturen im 5 m Schutzstreifen, sowie die bevorstehende Säuberungsaktion. Die in allen Grenzgemeinden durchgeführten Einwohnerversammlungen, auf denen von führenden Funktionären die Sicherungsmaßnahmen im Grenzgebiet erläutert wurden, waren unterschiedlich stark besucht. Zu verzeichnen war jedoch bei allen Versammlungen, daß sich die Einwohner der Gemeinden nicht zur Diskussion meldeten sondern erst angesprochen werden mußten. So wurden z. B. in Gutenfürst einige Personen durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED angesprochen, welche in der Vergangenheit mit negativen Äußerungen aufgetreten waren, wie z. B. der [redacted], welcher geäußert hatte: "Ich kann nicht verstehen, warum man mich nicht nach WD fahren läßt. Wenn ich bei meinen Verwandten bin, dann treibe ich keine Politik und da werde ich auch nicht eingesteckt."

Oder die [redacted], welche gegenüber dem ABV äußerte: "Den Rundfunk höre ich nicht an, das sind ja sowieso alles Lügen." Die Personen versuchten dann in ihrer Stellungnahme ihre Äußerungen abzuschwächen oder spielten die Beleidigten.

Auch viele Genossen verstanden die Neuregelung des Passierscheinewesens nicht und traten dagegen auf. Dies war besonders zu verzeichnen in der Zeit als der Schulanfang vor der Türe stand und viele die Besuche ihrer Verwandten erwarteten.

So gab es auf einer Mitgliederversammlung der SED in der Gemeinde Sachsgrün am 29. 08. 1961 unter den Genossen viele Diskussionen zur Frage der Passierscheine. Sie können nicht verstehen, daß die nächsten Verwandten keine Passierscheine für das Grenzgebiet erhalten. U. a. wurden auch solche Diskussionen geführt wie, "wir laufen Streife mit der VP und setzen uns auch für die Ziele unserer Partei und unseres Staates ein, aber unsere Angehörigen dürfen nicht zu uns". In den Diskussionen kamen solche Vorschläge, daß man wenigstens die Verwandten ersten und zweiten Grades in das Grenzgebiet lassen soll. Sie wollten auch die Gewähr übernehmen, daß ihre Verwandten nicht r-flüchtig werden.

Weiter wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß die Ausgabe von Passierscheinen in den VPK's zu unterschiedlich erfolgt und Ausnahmen gemacht werden.

Der [redacted], welcher Kreisleitungsmittel ist, möchte, daß seine Mutter nach Posseck einreisen kann. Er äußerte: "Diese Sache ist überspitzt,

**Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau**

- 2 -

BStU  
000040

und man sollte sich das besser überlegen.

In Ottengrün brachte der [REDACTED] zum Ausdruck, daß die Schutzmaßnahmen an der Staatsgrenze West zu hart sind. Er will auch nicht mehr zur Arbeit gehen, wenn er keinen Passierschein in das 500 m Sperrgebiet erhält.

Die [REDACTED] äußerte ihr Mißfallen darüber, daß sie ihre Eltern in Posseck nicht mehr besuchen darf.

Als im Grenzgebiet bekannt wurde, daß keine Hochkulturen mehr in Grenznähe angebaut werden sollen, äußerte der [REDACTED] der LPG "Thälmann Pionier" in Posseck, [REDACTED] sollen sie machen was sie denken, für uns langt es ja.

Der [REDACTED] wohnhaft in [REDACTED], ebenfalls Angehöriger der LPG Thälmann Pionier und Mitglied der SED, äußerte dazu: Es wird alles Viehweide, wieviel uns da wieder verloren geht und an die gesamte Grenze kommt 2-mal Stacheldraht.

So gibt es im Grenzgebiet zu diesem Problem viele Diskussionen wo zum Ausdruck gebracht wird, daß die LPG's damit eine große Einbuße haben und der Wert der Arbeitseinheit erheblich sinken wird.

Weiterhin gibt es Diskussionen und Gerüchte zu der bevorstehenden Säuberungsaktion im Grenzgebiet.

So äußerte z. B. die [REDACTED], in einem Gespräch mit dem [REDACTED]: "Man darf jetzt nicht mehr so viel sagen, es werden ja jetzt wieder welche aus dem Sperrgebiet ausgesiedelt." Sie gab an, daß sie es von einer Frau erfahren hätte, deren Namen sie aber nicht nennen würde.

In Gutenfürst äußerte der [REDACTED], welcher mit zur Aussiedlung steht, gegenüber einem IM am 17. 09. 61: "Am 20.09. findet im Grenzgebiet eine große Säuberungsaktion statt, man hätte mit dieser Maßnahme vorerst noch warten wollen bis die Wahlen vorbei sind." Er gab dem IM gegenüber an, daß er dies von einer zuverlässigen Person hätte und er die Wahrheit dieser Worte nicht anzweifeln würde. Den Namen dieser Person nannte er nicht.

Seit dem 13. 08. 61 ist die Zahl der Personen, die versuchen die Staatsgrenze West illegal zu überschreiten, bereits angestiegen. Es wird dabei zu den raffinieritesten Methoden gegriffen.

So versuchte z. B. ein Eisenbahner über die Staatsgrenze West zu gelangen, indem er sich unter die Kohlen eines Eisenbahnwagens versteckte.

Eine Person verkleidete sich als Eisenbahner und lief die Bahnlinie, die über Gutenfürst nach WD geht, entlang. Er kam durch den gesamten Bahnhof Gutenfürst und wurde erst von der Wärterin des letzten Postens vor der Grenze gestellt.

2 Jugendliche, die sich dem Dienst in der NVA entziehen wollten, bestiegen in K-M-Stadt den I-Zug Dresden-München, verbargen sich unter den Sitzbänken eines Wagens 1. Klasse und hatten extra Beutler mitgebracht, mit welchen sie den Sitz von unten herauf zu bauten, damit niemand unter die Sitzbank sehen konnte. Diese Personen wurden vom AZKW Gutenfürst festgenommen.

Im Krs. Oelsnitz gelang es einem Fuhrunternehmer aus Meßbach - Krs. Plauen, mit seiner Frau und seinem Sohn, illegal die Staatsgrenze zu überschreiten. Dieser Fuhrunternehmer hatte den Passierschein für das Grenzsperrgebiet sowie dem 500 m Schutzstreifen. Er fuhr mit seinem Wagen bis 20 m vor den 10 m Streifen und kam infolge versagens nicht mit dem Wagen über die Grenze. Er holte daraufhin seine Frau, die er auf dem LKW in einem Faß verborgen hatte, aus diesem Faß und überschritt mit seiner Frau und seinem Sohn die Staatsgrenze.

Viele Personen kommen mit Krad oder PKW ins 5 km Sperrgebiet - 3 -

**Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau**

- 3 -

BStU  
000041

und geben an, daß sie sich verfahren haben oder ähnliche billige Ausreden. Ein Teil davon gibt dann in der Vernehmung zu, daß sie illegal über die Staatsgrenze wollten und der andere Teil bleibt hartnäckig auf der jeweils gefundenen Ausrede bestehen und wird dann als NVA-Verletzer abgestraft und nach Hause entlassen. Zu erwähnen ist, daß besonders viel Jugendlichen männliche Personen, die sich dem Dienst in der NVA entziehen wollen, versuchen die DDR illegal zu verlassen.

Zu 2)

Schwächen und Hemmnisse bei der Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung kam in der vergangenen Zeit besonders dadurch zum Ausdruck, daß die eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen schon vor ihrer Durchführung im Grenzgebiet bekannt wurden, was vor allen Dingen auf Schwatzhaftigkeit von Funktionären der Grenzorte zurückzuführen ist.

So äußerte z. B. der [REDACTED] aus der Grenzgemeinde Grobau im Krs Plauen gegenüber Einwohnern des Ortes, daß nach der Wahl 2 Bauern und 2 Arbeiter aus Grobau ausgesiedelt werden und mit weiteren 11 Bürgern von Grobau harte Aussprachen geführt werden. Auch [REDACTED] sprach in der Schule über Aussiedlungsmaßnahmen. Obwohl der [REDACTED] keine konkrete Kenntnis von der bevorstehenden Aktion hatte, muß er doch bei einer Besprechung in der Kreisleitung etwas von diesen Maßnahmen erfahren haben.

Solche Dinge traten in vielen Orten des Grenzgebietes auf und auch das unter Punkt 1 genannte Beispiel von Gutenfürst zeigt, daß es Funktionäre gibt die nichts für sich behalten können und dadurch unnötige Gerüchte im Grenzgebiet auftauchen und dem Feind eine Handhabe gegeben wird.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Passierscheine, wo es auf der einen Seite durch die VPKA Überspitzungen gibt und auf der anderen Seite Ausnahmen gemacht werden, die Unruhe unter die Grenzbevölkerung bringen.

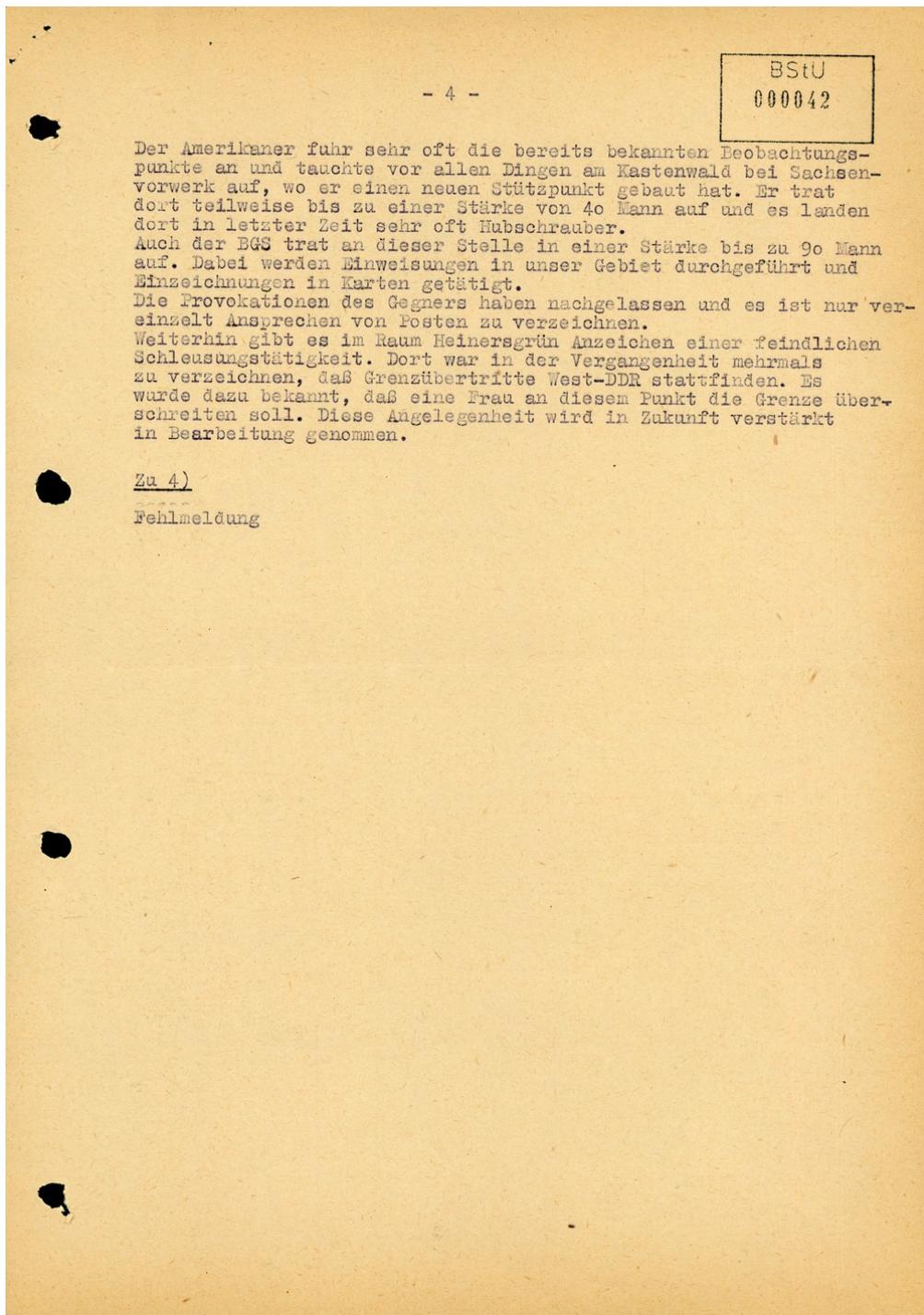
So wollte z. B. ein Förster aus Geilsdorf am 26. 8. 1961 in Berglas heiraten, weil seine Frau schon immer dort wohnt. Er erhielt jedoch keine Einreise und mußte in Oelsnitz heiraten. Er äußerte daraufhin: "Nun können sie nicht mehr auf mich rechnen, wenn sie mich einmal brauchen."

Weiterhin gab es solche Dinge, daß Eheleute, welche noch keine gemeinsame Wohnung haben, den Ehepartner im 5 km Sperrgebiet nicht besuchen durften. So konnte z. B. die [REDACTED] ihren Mann, welcher in [REDACTED] wohnhaft ist, nicht besuchen. Auf der anderen Seite konnten jedoch Personen, die ehemals aus dem Grenzgebiet ausgesiedelt waren, ihre Verwandten in Krebes und Raderitz besuchen. Dabei muß erwähnt werden, daß besonders bei den VPKA's, die in den rückwärtigen Gebiet liegen, bis vor kurzem noch keine klare Linie vorhanden war.

Zu 3)

Die Tätigkeit des Gegners konzentrierte sich auf eine aktive Aufklärungs- und Sicherungstätigkeit, wobei erwähnt werden muß, daß besonders in der letzten Zeit die Sicherungstätigkeit nachgelassen hat. Es wurde bekannt, daß es Personen, die illegal die Grenze überschreiten, möglich ist, auf westlicher Seite unkontrolliert ins Hinterland zu gelangen.

- 4 -

**Bericht der BV Karl-Marx-Stadt über die Stimmung im Kreis Plauen nach dem Mauerbau**

**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 204/62, Bd. 12, Bl. 38-42

Blatt 42